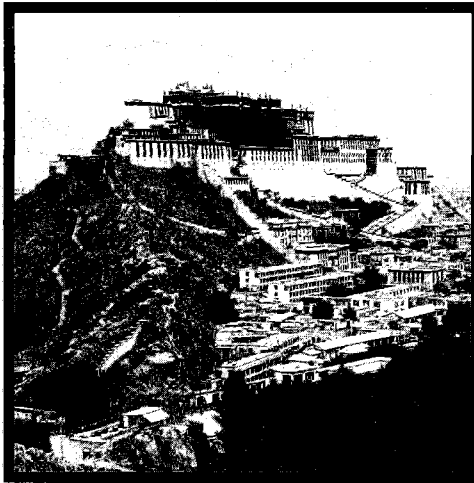




Tibet: Menschenrechte und das Rechtsstaatsprinzip

Zusammenfassung des Berichtes



Internationale Juristenkommission

Dezember 1997

"The translation and publication of this document have been made possible by a contribution of the Heinrich Böll Foundation, Berlin."

Zusammenfassung des Berichtes

Dieser Bericht untersucht die Lage des Rechtsstaatsprinzipes und der Menschenrechte in Tibet,¹ einschließlich des Rechtes auf Selbstbestimmung und anderer kollektiver Rechte; wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte; und ziviler und politischer Rechte. Obgleich in dem Bericht der ganze Zeitraum seit der Invasion Zentraltibets durch China erörtert wird, konzentriert er sich auf Ereignisse der letzten Jahre.

Der Bericht stellt fest, daß die Unterdrückung in Tibet seit dem Dritten Nationalen Forum zur Arbeit in Tibet 1994 ständig zugenommen hat. Diese Schlüsselkonklave, bei der ranghöhere Amtsträger den Einfluß des exilierten Dalai Lama, der führenden Persönlichkeit im tibetanischen Buddhismus, wie auch die Wurzel der Instabilität Tibets, identifizierten, umriß auch eine neue Strategie für die Region. Das Forum billigte rasche wirtschaftliche Entwicklung, einschließlich der Übersiedelung von mehr Chinesen in die Tibet Autonome Region (TAR) und eine Kampagne, um den Einfluß des Dalai Lama einzuschränken und um gegen abweichende Meinungen energisch durchzugreifen. Zu den Ergebnissen des Forums gehören: Erhöhte Kontrolle über religiöse Tätigkeiten und eine öffentliche Brandmarkungskampagne gegen den Dalai Lama, wie sie seit der Kulturrevolution nicht vorgekommen ist; Anstieg politischer Verhaftungen; Erhöhung der Überwachung potentieller Dissidenten; und gesteigerte Unterdrückungsmassnahmen selbst gegen unpolitische Proteste.

Seit Anfang 1996 gab es eine weitere Eskalation der Unterdrückungsmassnahmen in Tibet. Gekennzeichnet ist sie durch ein intensives Umschulungsvorgehen in den Klöstern, in denen den Mönchen gesagt wurde, daß sie eine Loyalitätserklärung zu unterschreiben haben oder ausgewiesen werden. Die aus Tibet kommenden Informationen werden gefiltert. Ein ranghoher religiöser

1 "Tibet," wie in diesem Bericht benutzt, bezieht sich auf das "ethnographische" Tibet und umfaßt die gesamte Tibet-Hochebene einschließlich dem Teil, der jetzt die Tibet Autonome Region (TAR) ist, wie auch die von Tibetanern bewohnten Teile der benachbarten chinesischen Provinzen Qinghai, Sichuan, Gansu und Yunnan. Nach chinesischer Anwendung bezieht sich "Tibet" nur auf den Teil des ethnographischen Tibet nun innerhalb der TAR.

Führer wurde verurteilt. Fotos des Dalai Lama in öffentlichen Plätzen wurden verboten. Der achtjährige Knabe, der vom Dalai Lama als Wiedergeburt des Panchen Lama, der zweitbedeutendsten Gestalt in der buddhistischen Hierarchie Tibets, bezeichnet wurde, bleibt in Haft. Gleichzeitig begannen Chinas Führer eine Kampagne gegen bestimmte Aspekte der traditionellen tibetanischen Kultur, die als Hindernis zur Entwicklung wie auch als verbunden mit dem tibetanischen Nationalismus bestimmt wurden. 1997 bezeichneten sie den Buddhismus als "ausländische Kultur".

Diese Verletzungen der Menschenrechte und Angriffe auf die tibetanische Kultur entstammen der Weigerung, dem tibetanischen Volk sein fundamentalstes Recht zuzuerkennen – das Recht auf Selbstbestimmung auszuüben. Sie dienen der Erhaltung der fremden und unpopulären Herrschaft, die China anstrebt, um die tibetanischen nationalistischen Abweichungen zu unterdrücken und die tibetanische Kultur zu neutralisieren. Um unwillige Untertanen zu kolonisieren, fördert und erleichtert China die Bewegung von Chinesen nach Tibet, wo sie Politik, Sicherheit und Wirtschaft beherrschen.

Autonomie

Die nominelle Autonomie, die der TAR und anderen tibetanischen autonomen Gebieten gewährt wurde, ist durch die Verfassung der Volksrepublik China und durch Gesetze beschränkt, da die meisten der lokalen Befugnisse der zentralen Zustimmung unterliegen. Das tatsächliche Ausmaß, innerhalb dessen Tibetaner ihre eigenen Angelegenheiten kontrollieren, ist jedoch wegen der zentralisierten Dominanz der kommunistischen Partei (CKP) und dem Ausschluß von Tibetanern von bedeutungsvoller Teilnahme an regionaler und lokaler Verwaltung noch weiter eingeschränkt. Wenn sich Tibetaner in Positionen nomineller Autorität befinden, dann werden sie oft von mächtigeren chinesischen Beamten überschattet. Selbst lokale Organe werden von einem CKP-Ausschuss oder einer "Führungsgruppe" überschattet, die sich nicht an Autonomiekonzepte hält. Armee und Polizei werden von Chinesen beherrscht. Historisch war Tibet oft geteilt und die tibetanische Selbstherrschaft wird auch durch die gegenwärtige Teilung des tibetanischen Gebiets unterminiert. Durch die Teilung befinden sich die meisten Tibetaner außerhalb der TAR und in den vier chinesischen Provinzen, in denen die Tibetaner kleine Minderheiten darstellen.

Bedrohung der tibetanischen Identität und Kultur

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen rief 1959 "zur Achtung der grundsätzlichen Menschenrechte des tibetanischen Volkes und ihres charakteristischen kulturellen und religiösen Lebens" auf. 1961 und 1965 beklagte die Versammlung erneut "die Unterdrückung des besonderen kulturellen und religiösen Lebens" des tibetanischen Volkes. Der Unterausschuß zur Verhütung von Diskriminierung und zum Schutz der Minderheiten der VN-Menschenrechtskommission sorgte sich 1991 immer noch "über die andauernden Berichte über Verletzungen fundamentaler Menschenrechte und Freiheiten, welche die besondere kulturelle, religiöse und nationale Identität des tibetanischen Volkes bedrohen."

Weiterhin verringern und bedrohen gegenwärtig bestimmte chinesische politische Maßnahmen die besonderen Elemente der tibetanischen Identität und Kultur. Zu dieser Politik gehört:

Bevölkerungsumsiedlung

Seit 1951 gab es als Ergebnis mehrerer verschiedener Faktoren einen starken Zustrom von Chinesen nach Tibet: Regierungspolitik und Programme zur Versetzung von Chinesen, insbesondere Führungskräfte und Berufsfachkräfte, in die TAR und andere tibetanische Regionen, staatliche Förderung freiwilliger Umsiedlung, Herbeischaffung normaler Arbeiter nach Tibet durch Arbeitseinheiten für Bauprojekte, und die durch den Arbeitsmarkt veranlaßte Bevölkerungsbewegung. Neue chinesische Städte wurden gegründet. Tibetische städtische Zentren wurden chinesisch gemacht. In Osttibet wurden tibetanische Ländereien der Agrarwirtschaft zugesprochen. Wo Chinesen sich niederließen, dominieren sie den Handel und sie sind das Zentrum der Entwicklungsstrategien. Das Dritte Arbeitsforum 1994 bestätigte und beschleunigte die Bewegung von Chinesen hin zur TAR. Schätzungen zufolge bilden die Chinesen nun ein Drittel der Gesamtbevölkerung in allen Gebieten mit tibetanischem autonomen Status (im Vergleich zu 6 bis 10% im Jahre 1949) und 12 bis 14% der Bevölkerung der TAR (im Vergleich zu 0,1%).

Tibets kulturelles Erbe

Eine Schlüsselkomponente von Tibets einmaliger Kultur wurde in den frühen Jahren durch die Zerstörung des klösterlichen Systems

unterminiert. Die Kulturrevolution setzte diesen Prozeß mit der physischen Zerstörung einmaliger religiöser Gebäude und Monumente Tibets und einem Angriff auf die kulturelle Identität individueller Tibetaner fort. Am Ende der Kulturrevolution war Tibets physische und materielle Kultur sichtbar dezimiert; wenige der tausende von Klöstern in Tibet überlebten. Seit 1979 erlaubt die chinesische Regierung einige kulturelle Freiheit in Tibet und viele Klöster wurden teilweise restauriert, aber die erlaubten kulturellen Tätigkeiten sind beschränkt und von jeglichem nationalen Inhalt gesäubert. Die chinesische Modernisierung seit 1979 zerstörte viel von der verbliebenen traditionellen säkularen Kultur Tibets in den städtischen Gebieten. In Lhasa wurden viele tibetanische Häuser abgerissen und ganze Stadtviertel wurden dem Erdboden gleichgemacht.

Sprache

Die Vorherrschaft der chinesischen Sprache in Schulung, Handel und Verwaltung, zusammen mit der globalen Modernisierung, zwingt die Tibetaner, chinesisch zu beherrschen und drängt die tibetanische Sprache an den Rand. Praktisch alle Klassen im mittleren und höheren Ausbildungswesen in der TAR, einschließlich solcher Fächer wie tibetanische Kunst, werden in chinesisch unterrichtet. Die letzten Maßnahmen - offensichtlich nach einem Beschluß der kommunistischen Partei, mit dem der Gebrauch der tibetanischen Sprache zusammenhängt mit Gefühlen für die Unabhängigkeit - umfassen die Schließung von experimentellen Mittelschulklassen in tibetanisch in der TAR und eine weitere Abwertung des Gebrauchs von tibetanisch in der Ausbildung allgemein.

Entwicklung

Das Entwicklungsmuster in Tibet hat, obwohl materiell nutzbringend im Transfer moderner Technologie nach Tibet in Gesundheitsfürsorge, Transport und Nachrichtenübermittlung, die Tibetaner marginalisiert und sie von wirksamer Beteiligung ausgeschlossen. Dies ist ein spezifischer Aspekt der Entwicklung. Der Lebensunterhalt der meisten Tibetaner, die in kleinen ländlichen Gemeinden leben, wurde außer acht gelassen. Wenig der chinesischen Investitionen kommt hierher. Die relative Armut der Tibetaner, die Ausbeutung der tibetanischen Bodenschätze für Chinas Entwicklung und die Ansiedlung beträchtlicher

Zahlen von Chinesen in den neuen städtischen Zentren haben negative Auswirkungen auf die tibetanischen Gemeinden.

Umwelt

In vierzig Jahren wurde das meiste Wildleben Tibets zerstört und ein großer Teil der Wälder wurde abgeholzt. Die Wasserablaufflächen in den Stromgebieten und die Hänge der Hügel sind daher ausgewaschen und erodiert. Die Geschwindigkeit des Wasserabflaufs hat sich erhöht. Die umfassendste Umweltauswirkung des chinesischen Vorgehens ist die weit verbreitete Verschlechterung des Weidelandes, so dass große Gebiete verwüsten, die bis vor kurzem wilde und Haustierherden ernähren konnten. Das Ausmaß der Verschlechterung des Graslandes hat einen Punkt erreicht, an dem, wenn nicht sehr bald Maßnahmen getroffen werden, die langfristige Lebensfähigkeit der tibetanischen Nomadenzivilisation in Frage gestellt werden könnte.

Individuelle Rechte

Die Rolle des Gerichtswesens

Ein vorrangig erklärtes Ziel des Justizsystems in der TAR ist die Unterdrückung der tibetanischen Opposition gegenüber der chinesischen Herrschaft. Ein der kommunistischen Partei dienliches untergeordnetes Gerichtswesen diktiert in ganz China, was Menschenrechtsverletzungen sind, aber in Tibet ist das Problem wegen Chinas Kampagne gegen tibetanischen Nationalismus besonders ernst. Die kürzliche "Hart zuschlagen"-Kampagne gegen Kriminalität hat die Gerichtsbarkeit noch weiter in die Kampagne gegen "Zersplitterung" einbezogen. Viele Tibetaner, insbesondere politische Häftlinge, haben nicht einmal den elementarsten Schutz in einem Prozeß.

Recht auf Schulung

Die chinesische Regierung hat große Schritte unternommen, um die Grundschulpflicht für tibetanische Kinder durchzusetzen. Jedoch das Schulsystem in Tibet setzt die tibetanischen Kinder im Vergleich zu chinesischen Kindern in einen strukturellen Nachteil. Der ausschließliche Gebrauch der chinesischen Sprache als Medium der Unterweisung in Mittel- und höheren Schulen in der TAR, die niedrige Einschreibungsrate und die hohe Rate des vorzeitigen Aussteigens unter Tibetanern, die

niedrige Qualität der Schulausrüstung und der Lehrer für Tibetaner, die Schwierigkeiten für Tibetaner im Zugang zur Schulung wie auch der TAR-Analphabetenanteil, drei Mal so hoch wie der chinesische Durchschnitt, sind Zeichen einer diskriminierenden Struktur. Anstatt den tibetanischen Kindern allmählich Achtung vor ihrer eigenen kulturellen Identität, Sprache Schulung und ihren eigenen Werten einzuprägen, dient die Schule in Tibet der Rolle, ein Gefühl der Minderwertigkeit im Vergleich zur dominierenden chinesischen Kultur und ihrer Werte zu übermitteln.

Recht auf Unterkünfte

Die Zerstörung tibetanischer Nachbarschaftsbereiche, die gewaltsame Vertreibung der Tibetaner aus ihren Heimen und deren Zerstörung wie auch die Bevorzugungen von Chinesen bei der Inbesitznahme von neuen Unterkünften zeigen eine deutliche Diskriminierung gegenüber Tibetanern im Wohnungsbereich.

Recht auf Gesundheit

Der allgemeine Zugang zu elementarer Gesundheitsfürsorge und der Gebrauch vorbeugender Arzneimittel brachten bedeutende Verbesserungen allgemeiner Art auf den verschiedenen Stufen der Gesundheitsfürsorge in der TAR. Die Lebenserwartung von Tibetanern ist bedeutend angestiegen, obwohl sie die niedrigste aller Gruppen in der Volksrepublik China (VRC) ist. Die Kindersterblichkeit ist jedoch unter Tibetanern dreimal so hoch wie der Landesdurchschnitt in der VRC. Es gibt ein ernstes Problem der Unterernährung der Kinder. Die Kosten und die schlechte Qualität der elementaren Pflege und der Mangel an ausgebildeten Fachleuten im Gesundheitsbereich auf Dorfebene trägt dazu bei zu verhindern, daß Tibetaner den höchsten erreichbaren Standard an Gesundheit erreichen.

Willkürliche Verhaftung

Tibetaner werden weiterhin für lange Zeit ohne Anklage in Haft gehalten oder zu Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie sich friedlich für die Unabhängigkeit Tibets einsetzten oder weil sie Verbindungen zum Dalai Lama beibehielten. Die Anzahl der politischen Gefangenen in Tibet scheint in den letzten Jahren auf über 600 angestiegen zu sein. Die Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen zu willkürlichen Verhaftungen

kritisierte Chinas Anwendung der umfassend benannten "konterrevolutionären" Verbrechen und rief ergebnislos zur Freilassung von Dutzenden von Tibetanern auf, die in Verletzung internationaler Normen, die Meinungs- und Religionsfreiheit garantieren, in Haft gehalten werden. Die meisten tibetischen politischen Gefangenen wurden verhaftet, weil sie friedlich demonstrierten, schrieben oder Flugblätter verteilten, Kontakt zu Ausländern oder zur tibetischen Exilregierung unterhielten oder weil sie Material besaßen, das sich für die Unabhängigkeit aussprach. Nonnen machen etwa ein Viertel bis zu einem Drittel der bekannten politischen Gefangenen aus. 1997 ersetzte China das "konterrevolutionäre" Konzept mit dem ebenso wie Gummi dehnbaren Begriff des "Verbrechens gegen die Staatssicherheit", dem ein Artikel beigefügt wurde, der insbesondere auf Handlungen abzielt, welche "die Nation spalten" wollen.

Folter

Folter und schlechte Behandlung in Haft ist in Tibet weit verbreitet. Der Einsatz von Elektroschocks gegenüber politischen Häftlingen scheint allgemeine Praxis zu sein. Folter und andere Formen schlechter Behandlung geschehen in Polizeistationen nach der Verhaftung, während des Transports zu Haftanstalten, in Haftzentren und in Gefängnissen. Die dokumentierten Methoden der Folter gegen Tibetaner umfassen Schlagen mit Ketten, Stöcken mit herausragenden Nägeln und eisernen Stangen, Elektroschläge auf die empfindlichen Körperteile einschließlich der Genitalien und dem Mund, Aufhängen an den auf den Rücken zusammengebundenen Armen und Aussetzung in kaltem Wasser oder kalten Temperaturen. Frauen, insbesondere Nonnen, unterliegen anscheinend einigen der härtesten und geschlechtsspezifischen Foltern, einschließlich Vergewaltigung, Elektroschlägen und schmerzliche Handlungen an den Brüsten.

Außergerichtliche und willkürliche Hinrichtungen

Es gibt keine bestätigten Berichte von Erschießungen friedlicher Demonstranten seit den Demonstrationen und Unruhen 1987-89, als auf Mengen von Tibetanern, einschließlich vieler friedlicher Demonstranten, geschossen wurde und viele von ihnen getötet wurden. Eine Anzahl ungeklärter Tode politischer Gefangener, einschließlich junger Nonnen, ereignete sich in den letzten Jahren in tibetischen Gefängnissen, vermutlich als Ergebnis von Folter oder Vernachlässigung. Der

Durchführung der Todesstrafe in Tibet - die 1996 in der TAR 34 Mal angewendet wurde - fehlt es an Garantien für einen gebührenden Prozeß und ein faires Gerichtsverfahren.

Meinungsfreiheit

Die Meinungsfreiheit der Tibetaner ist streng begrenzt. Politischen Nationalismus zum Ausdruck zu bringen, wird nicht geduldet. Nachbarschaftsausschüsse kennzeichnen Abweichler und flößen "korrektes Denken" ein. Für den friedlichen Ausdruck ihrer politischen Ansichten werden Tibetaner verhaftet und ins Gefängnis geworfen oder zur Umschulung durch Arbeitslager verurteilt. Die Information von außen nach Tibet und der Informationsfluss von Tibet nach außen wird streng kontrolliert. Durch die "Hart zuschlagen"-Kampagne gegen die Kriminalität haben sich die Beschränkungen in den letzten Jahren, das Verbot, Fotos des Dalai Lama öffentlich zu zeigen und die Kloster-Umschulungskampagne, verstärkt.

Religionsfreiheit

Die buddhistische Religion ist ein bedeutender Teil im Leben des tibetanischen Volkes. Es gibt jedoch eine immer gegenwärtige Einmischung in die religiöse Freiheit und Tätigkeit in Tibet. Klöster unterstehen der Aufsicht lokaler Regierungsbehörden und Parteiorganen, Partei-Arbeitsausschüssen und Polizeiabteilungen. Jedes Kloster wird von einem Demokratischen Management Komitee (DMC) geleitet.

Seit dem Forum 1994, als die Partei den Einfluß des Dalai Lama und der "Dalai Clique" als Wurzel der Instabilität Tibets kennzeichnete, unterliegt der tibetanische Buddhismus einer heftigen Prüfung und Kontrolle. Die Parteiherrschaft über die DMCs wurde verstärkt, das Verbot des Baus religiöser Gebäude ohne offizielle Genehmigung und Begrenzungen der Anzahl der Mönche und Nonnen pro Kloster wurden noch strenger gehandhabt. Das Sieben zur Zulassung von Mönchen und Nonnen wurde verstärkt und Mönche und Nonnen wurden ersucht, den Dalai Lama zu verurteilen und sich von ihm abzuwenden.

Die chinesische Regierung benutzt die Suche nach der Wiedergeburt des Panschen Lama zur Verstärkung ihrer Kampagne zur Ausrottung sowohl des religiösen als auch des politischen Einflusses des Dalai Lama. Der zum Auswahlvorgang gehörende ranghöchste Mönch wurde

verhaftet und später verurteilt, das Kloster des Panschen Lama wurde gesäubert und die Loyalität der Führungskräfte Tibets und der religiösen Führer wurde getestet, indem sie aufgefordert wurden, die Einmischung des Dalai Lama in der Anerkennung des Panschen Lama zu verurteilen und die chinesische Wahl des Panschen Lama anzunehmen. Dem Verbot, Fotos des Dalai Lamas öffentlich zu zeigen, folgte später ein sporadisches Verbot, sein Foto privat zu besitzen.

1996 wurde in den Klöstern eine "patriotische Schulungskampagne" begonnen, die sich bis heute fortsetzt. Verstärkte Arbeitsgruppen wurden zu den wichtigsten Klöstern gesandt, um intensive Umschulungstagungen unter den Mönchen durchzuführen; während dieser Tagungen wurden die Mönche aufgefordert, den Dalai Lama zu verurteilen. Hunderte von Mönchen wurden gezwungen, ihre Klöster zu verlassen, während wenigstens 90 weitere wegen Störung des Umschulungsvorganges verhaftet wurden. Chinesische Truppen beschossen ein Kloster; ein Mönch wurde getötet und drei weitere wurden verletzt.

Versammlungsfreiheit

Normalerweise werden friedliche politische Demonstrationen in Tibet innerhalb von Minuten gewaltsam aufgelöst. Ihre Teilnehmer werden verhaftet und oft geschlagen, dies als Teil der gewollten Politik, jeglichen Ausdruck eines Gefühls für die Unabhängigkeit zu unterdrücken. In den letzten Jahren wurden sogar einige wirtschaftliche Proteste gewalttätig unterdrückt.

Bevölkerungskontrolle

Obwohl die tibetanische Bevölkerung zahlenmäßig gering und das tibetanische Gebiet kaum bewohnt ist, begrenzt China die Anzahl der Kinder, die tibetanische Frauen haben dürfen, obwohl diese Beschränkungen nicht so streng gehandhabt werden wie für chinesische Frauen. Die Beschränkungen, die von Gebiet zu Gebiet unterschiedlich sind, werden mit Geldstrafen, Abtreibungen und Sterilisierungen durchgesetzt, in Verletzung zahlreicher legaler Rechte und manchmal mit negativen gesundheitlichen Folgen für die Frauen. "Nicht genehmigte" Kinder erleiden gemeinhin Diskriminierung beim Zugang zur Schule und bei anderen Vorteilen und Rechten.

Tibets legaler Status

Zentraltibet - der Teil Tibets, der von Lhasa aus regiert wird - zeigte von 1913 bis 1950 die Bedingungen der Staatlichkeit, die nach internationalem Recht allgemein akzeptiert sind. 1950 gab es ein Volk, ein Gebiet und eine Regierung, die in dem Gebiet funktionierte, die ihre eigenen einheimischen Angelegenheiten frei von jeglicher Autorität von außen durchführte. Von 1913 bis 1950 wurden die Auslandsbeziehungen Zentraltibets ausschließlich von der Regierung Tibets gehandhabt. Zentraltibet war damit zumindest *de facto* ein unabhängiger Staat, als es angesichts der chinesischen Invasion 1951 die "17-Punkte-Vereinbarung" unterschrieb, mit der die Unabhängigkeit an China abgetreten wurde. Nach dieser Vereinbarung gab China eine Reihe von Zusagen, einschließlich dem Versprechen, das bestehende politische System in Tibet beizubehalten, den Status und die Aufgaben des Dalai Lama zu erhalten, die Religionsfreiheit und die Klöster zu schützen und von aufgezwungenen "Reformen" Abstand zu nehmen. Diese und andere Zusagen wurden von China verletzt. Die Regierung von Tibet hatte das Recht, die Vereinbarung zurückzuweisen, wie sie es 1959 tat.²

Selbstbestimmung

Tibetaner sind ein "Volk unter fremder Unterjochung," und haben nach internationalen Gesetzen Anspruch auf das Recht der Selbstbestimmung, durch die sie frei ihren politischen Status entscheiden. Das tibetanische Volk hat dieses Recht noch nicht ausgeübt, das eine freie und echte Ausdrucksweise seines Willens erfordert.

2 Diese Zusammenfassung entstammt zwei früheren ICJ-Berichten, *Die Frage Tibet und die Herrschaft des Rechts*, (Genf: Internationale Juristenkommission, 1959), und *Tibet und die Chinesische Volksrepublik, Ein Bericht der Internationalen Juristenkommission von ihrem Untersuchungsausschuß zu Tibet* (Genf: Internationale Juristenkommission, 1960). Der gegenwärtige Bericht wiederholt nicht die Analyse dieser früheren Berichte, welche die ICJ bekräftigt.

Empfehlungen

Die Hauptempfehlung dieses Berichtes ist eine unter Aufsicht der Vereinten Nationen durchzuführende Volksabstimmung, um die Wünsche des tibetanischen Volkes festzustellen. Das Abstimmungsrecht in einer solchen Volksabstimmung hätten die Tibetaner und andere Personen, die vor 1950 in Tibet wohnten, und deren Nachfahren, wie auch die tibetanischen Flüchtlinge und deren Nachfahren. Die Volksabstimmung würde in den benachbarten Gebieten stattfinden, in denen ethnische Tibetaner historisch eine Mehrheit bildeten und unter den Tibetanern im Exil. Die Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung könnte die Errichtung eines unabhängigen Staates, eine Form echter interner Selbstregierung, Fortsetzung von Tibets gegenwärtigen Status innerhalb Chinas, oder jeglichen anderen Status zur Folge haben, der frei vom tibetanischen Volk beschlossen wurde.

Die meisten der anderen besonderen Empfehlungen in diesem Bericht ergeben sich aus Chinas Verletzungen, wie in diesem Bericht ausgesprochen, seiner bindenden Verpflichtungen nach internationalen Menschenrechtsgesetzen und benötigen nicht, hier ausführlich aufgezählt zu werden. Jedoch zu einigen der umfassenden Empfehlungen gehören:

Empfehlungen an die Volksrepublik China

- Aufnahme von Gesprächen mit dem Dalai Lama und der tibetanischen Exilregierung über eine Lösung der Frage Tibet auf Grundlage des Willens des tibetanischen Volkes;
- Sicherung der Achtung der fundamentalen Menschenrechte des tibetanischen Volkes durch Beendigung der Verletzungen, die in diesem Bericht beschrieben werden;
- Beendigung jener Praktiken, die drohen, die besondere kulturelle, religiöse und nationale Identität des tibetanischen Volkes abzutragen. Insbesondere ist die Politik zu beenden, welche die Bewegung der Chinesen in das Gebiet von Tibet zur Folge hat;
- Zusammenarbeit mit den Mechanismen der Vereinten Nationen zum Schutz der Menschenrechte. Insbesondere sollten bedeutungsvolle und unbeschränkte Besuche nach Tibet durch Organe der Vereinten

Nationen zu Folter und willkürlichen außergerichtlichen Hinrichtungen, zur Gewalt gegen Frauen, Verschwinden von Menschen, willkürliche Haft und Unabhängigkeit der Justiz erleichtert werden. Entlassung jener Gefangenen, deren Haft vom Arbeitsausschuß zu willkürlichen Verhaftungen als willkürlich bezeichnet wurde, und jener Gefangenen, die aus ähnlichen Gründen festgehalten werden. Durchführung der Empfehlungen des Sonderberichterstatters zur religiösen Intoleranz und die Erlaubnis für ihn, angemessene bedeutungsvolle Folgebesuche mit unbeschränktem Zugang zum tibetanischem Volk durchzuführen.

- Ratifizierung ohne Einschränkungen der Internationalen Vertragsurkunde zu Bürger- und politischen Rechten und der fakultativen Protokolle und der Internationalen Vereinbarung zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten;
- Erlaubnis für den unbeschränkten Zugang zu Tibet für unabhängige Menschenrechtsexperten.

An die Generalversammlung der Vereinten Nationen

- Wiederaufnahme der Debatte zur Frage Tibet auf Grundlage ihrer Entschließungen von 1959, 1961 und 1965.

An die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen

- Ernennung eines Sonderberichterstatters zur Untersuchung der Menschenrechtsslage in Tibet.

An den Generalsekretär der Vereinten Nationen

- Einsatz seiner guten Dienste, Ernennung eines Sondergesandten zur Förderung einer friedlichen Beilegung der Tibetfrage und eine von den Vereinten Nationen beaufsichtigte Volksabstimmung zur Sicherstellung der Wünsche des tibetanischem Volkes.

An die internationale Gemeinschaft

- Staaten und andere internationale Akteure sollten davon Abstand nehmen, Stellung zum legalen Status von Tibet zu nehmen, bis zur Abhaltung einer Volksabstimmung in Übereinstimmung mit der in diesem Bericht gemachten Empfehlung.

- Entwicklungshilfe an Tibet sollte dem tibetanischen Volk Nutzen bringen. Deswegen sollte sichergestellt werden, daß Tibetaner an allen Stufen der Projektentwürfe und der Anwendung der Projekte beteiligt werden, daß tibetanische Auswahlen bezüglich der Umwelt und Entwicklung beachtet werden und daß die Zuzug von Chinesen in tibetanisches Gebiet nicht gefördert wird.

An die tibetanische Exilregierung

- Aufnahme von Gesprächen mit der Regierung von China über eine Lösung der Tibetfrage auf Grundlage des Willens des tibetanischen Volkes;
- Zusammenarbeit in der Organisation einer von den Vereinten Nationen überwachten Volksabstimmung und in der Exilgemeinschaft, damit die Wünsche des tibetanischen Volkes sichergestellt werden.